



Presseschau vom 28.05.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

Holger Michael: Terroristen als „Freiheitsbringer“: Litauens „Waldbrüder“

Erst Kollaborateure der deutschen Faschisten, dann im bewaffneten Untergrund gegen die Sowjetmacht: So haben litauische Nationalisten für die Unabhängigkeit gekämpft. Sie waren in der Minderheit und haben zu Mitteln des Terrors gegriffen, um ihre Ziele zu erreichen. Das wird heute selbst von offizieller litauischer Seite eingestanden.

<https://sptnkne.ws/C5JH>

Marcel Joppa: Die Agenda der „Bild“ – Wieviel US-Einfluss steckt im Axel-Springer-Konzern?

Spätestens seit Corona hat sich gezeigt: Der Axel-Springer-Konzern und sein Flaggschiff „Bild“ haben sich mehr denn je zu einem neoliberalen und US-hörigen Medium entwickelt. Doch was steckt dahinter? Ist es die Richtlinie von „Bild“-Chef Julian Reichelt? Oder der Einfluss des neuen US-Hauptanteilseigners „KKR“ – der auch Nähe zur CIA aufweist? ...

<https://sptnkne.ws/C5Ew>

Armin Siebert: Ukrainischer Oligarch aus deutscher Haft entlassen – Wer steckt dahinter?

Alexander Onischenko ist ukrainischer Millionär, Abgeordneter und Olympiateilnehmer. Und er saß gerade ein halbes Jahr in einem deutschen Gefängnis. Jedoch ist der Oligarch kein gewöhnlicher Krimineller. Seine Geschichte führt in die höchsten Kreise der Weltpolitik, bis ins Weiße Haus.

<https://sptnkne.ws/C5Yg>

abends/nachts:

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: **Durch Beschuss von Seiten der BFU wurde eine Gasleitung am Rand von Donezk beschädigt**

Während die Vertreter der Republiken in der Kontaktgruppe im Rahmen einer Videokonferenz versuchen, zusätzliche Maßnahmen zur Kontrolle des Regimes der Feueereinstellung zu vereinbaren, eröffnen die bewaffneten Formationen der Ukraine das Feuer auf Wohngebiete der DVR.

Heute um 19:00 Uhr haben die BFU ein zweites Mal innerhalb von vier Tagen die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** am westlichen Rand von Donezk beschossen.

Dabei wurde eine Niederdruckgasleitung in der Lugowaja-Straße 13 beschädigt.

Die Flamme ist inzwischen gelöscht, der Störungsdienst ist gerufen, um die Schäden zu beseitigen.

Dies ist nicht der erste Fall, dass in den letzten Tagen Infrastruktur in der Nähe der Kontaktlinie leidet.

Am Montag, dem 25. Mai, um 19:15 Uhr wurde durch Beschuss von Seiten der BFU ein Strompfiler einer Hochspannungsleitung beschädigt, es wurden 7

Transformatorunterstationen von der Stromversorgung abgeschnitten, die 750 Verbraucher der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks versorgen. Die Stromversorgung konnte erst nach Aufbau eines neuen Pfeilers wieder in Betrieb genommen werden.

Es ist offensichtlich, dass diese Beschießungen auf ein Scheitern des Verhandlungsprozesses und die Verhinderung einer Vereinbarung und Unterzeichnung zusätzlicher Maßnahmen zur Kontrolle des Waffenstillstands gerichtet sind.

Die ukrainischen Verhandlungsteilnehmer streichen vorsätzlich Maßnahmen aus der Liste, einschließlich der Notwendigkeit Ermittlungen zu jedem Fall von Beschuss des Territoriums der Republiken durchzuführen, um ungestraft weiter Kriegsverbrechen gegen friedliche Einwohner der Donbass begehen zu können.

de.sputniknews.com: **Nach Trumps Drohungen: WHO gründet unabhängigen Unterstützungsfonds für Gesundheitsschutz**

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat angesichts der US-Erklärungen über einen möglichen Verzicht auf die Finanzierung der Organisation die Schaffung eines unabhängigen Fonds angekündigt. Dies geht aus einer Erklärung der WHO am Mittwoch hervor.

Der Fonds soll die Bemühungen der WHO zur Bewältigung der dringendsten Gesundheitsprobleme weltweit wirtschaftlich fördern.

Der Fonds mit Hauptsitz in Genf wird die Arbeit der WHO und ihrer Partner finanziell unterstützen, um die Ziele bis 2023 zu erreichen: 1 Milliarde Menschen vor Gesundheitsnotfällen zu schützen, eine universelle Krankenversicherung für weitere 1 Milliarde Menschen sicherzustellen und ein höheres Niveau der Gesundheit und des Wohlergehens von weiterer 1 Milliarde Menschen zu erreichen.

Der Fonds soll dazu beitragen, Spenden von Bürgern, einzelnen Großspendern und Unternehmenspartnern zu sammeln. Diese finanzielle Unterstützung wird für die Umsetzung der Programme der WHO und ihrer Partner verwendet.

„Ein wichtiger Bestandteil des Erfolgs der künftigen Aktivitäten der WHO ist die Erweiterung der Geberbasis und die Erhöhung der Quantität und der Qualität der ihr zur Verfügung stehenden Finanzressourcen. Die Schaffung des WHO-Fonds als eines der Elemente zur Transformation der Organisation ist ein wichtiger Schritt in Richtung dieses Ziels und des Ziels, die Gesundheit der Menschen zu verbessern, die globale Sicherheit zu gewährleisten

und gefährdete Gruppen mit Gesundheitsdiensten zu erfassen“, heißt es in der Erklärung des WHO-Generaldirektors Tedros Adhanom Ghebreyesus.

Gründer des WHO-Fonds wurde der ehemalige Schweizer Gesundheitsminister und Generaldirektor der Schweizerischen Gesundheitsbehörden, Professor Thomas Zeltner. Ihm zufolge „braucht die WHO eine starke und unabhängige externe Unterstützungsquelle, die ihr helfen und die Effektivität ihrer Arbeit steigern kann“.

Wie in der Erklärung der WHO hervorgehoben wird, werde sich der WHO-Fonds nach der Covid-19-Pandemie in der ersten Phase seiner Aktivitäten auf Notsituationen und die Reaktion auf Pandemien konzentrieren und darüber hinaus Mittel bereitstellen, um die anderen globalen Gesundheitsprioritäten der WHO zu erfüllen.

Dan-news.info: Der Twitter-Account des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin wurde gehackt.

Dies teilt der Pressedienst der Administration des Oberhauptes der DVR mit.

„Infolge des Hackings erschien auf der persönlichen Seite des Staatsoberhauptes ein Eintrag, der die Einheiten der Volksmiliz der Republik kompromittiert. Inzwischen wurde die technische Abteilung des sozialen Netzwerks über das Geschehen informiert, wir warten auf deren adäquate Reaktion“, heißt es in der Mitteilung.

Solange das Problem nicht beseitigt ist, sollten im Zusammenhang mit dem Risiko eines Angriffs auf andere Accounts die Informationen auf der offiziellen Seite des Oberhauptes der DVR überprüft werden.

de.sputniknews.com: Belastende Gesprächsmitschnitte: Poroschenko wegen Telefonat mit Biden zum Verhör vorgeladen

Das Staatliche Untersuchungsbüro der Ukraine hat den Ex-Präsidenten Pjotr Poroschenko zum Verhör hinsichtlich des Abhörens seines Telefongesprächs mit dem ehemaligen US-Vizepräsidenten Joe Biden vorgeladen, teilte der Pressedienst der Abteilung mit.

„Poroschenko Pjotr Alekseevitsch wird am 29. Mai 2020 um 12.00 Uhr vor das Staatliche Untersuchungsbüro zum Verhör als Zeuge in dem Strafverfahren zur Tatsache der möglichen illegalen Verwendung spezieller technischer Mittel zur Beschaffung von Informationen, die den staatlichen Interessen erheblichen Schaden zufügen könnten, geladen“, steht in dem Bericht der Abteilung.

Früher hatten die ukrainischen Medien mitgeteilt, dass das Staatliche Untersuchungsbüro der Ukraine ein Strafverfahren wegen des Abhörens des Telefongesprächs von Poroschenko und Biden eingeleitet hat. Es wurde unter anderem ein Auszug aus dem einheitlichen Register der vorgerichtlichen Untersuchung publik gemacht, in dem festgestellt wurde, die gesetzwidrige Verwendung von technischen Mitteln der Informationsbeschaffung könnte den staatlichen Interessen schaden.

Kompromittierende Aufnahme des Telefonats

Der ukrainische Abgeordnete Andrej Derkatsch, der die Aufnahme des Telefongesprächs in Umlauf brachte, hatte Poroschenko vorgeworfen, die Finanzhilfe in Höhe von einer Milliarde Dollar, die er nach der Entlassung von Generalstaatsanwalt Schokin bekam, für Rüstungsdeals mit Unternehmen ausgegeben zu haben, die mit dem damaligen Präsidenten und seinen Vertrauten verbunden sind.

Andere Gesprächsthemen

In der Aufnahme sind Stimmen zu hören, die den Stimmen Poroschenkos, des US-Politikers von der Demokratischen Partei Joe Biden sowie des ehemaligen US-Außenministers John Kerry ähneln. Es ging um die Innenpolitik der Ukraine, um die Nationalisierung der ukrainischen „Privatbank“, um den Rücktritt der Regierung von Arseni Jazenjuk und die Einsetzung des Kabinetts von Wladimir Grojsman. Dabei soll Poroschenko gegenüber Biden

gestanden haben, dass er in der Rada (dem ukrainischen Parlament) über keine Koalition verfüge.

Unter anderem soll die Ablösung des damaligen ukrainischen Generalstaatsanwalts Wiktor Schokin durch Juri Luzenko ein Gesprächsthema gewesen sein. Zu jener Zeit leitete Schokin Korruptionsermittlungen gegen die ukrainische Gasfirma „Burisma“, in deren Vorstand Joe Bidens Sohn Hunter im Jahr 2016 saß.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32214/54/322145414_0:86:3015:1714_1000x0_800_1_2b8bf7b06d2227560238906b6125aa63.jpg

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 27. Mai wurde keine Beschluss von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

de.sputniknews.com: **Moskau über Schritte zur Diffamierung der WHO besorgt – Außenminister Lawrow**

Moskau zeigt sich über die Schritte zur Diffamierung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) besorgt. Dies erklärte Russlands Außenminister Sergej Lawrow. Ihm zufolge sollte man ihre Tätigkeit modernisieren, statt die Organisation zu zerstören.

„Für tiefe Besorgnisse sorgen die Schritte zur Diffamierung der WHO, die sich – darin ist die überwiegende Mehrheit der Länder solidarisch – von den ersten Tagen an in vorderster Linie des Kampfes gegen das Coronavirus befindet, wobei sie allen Ländern hilft, sich in der sich schnell verändernden epidemiologischen Situation zu orientieren und richtige Mittel zur Reaktion auf die entstandene Bedrohung auszuwählen“, schrieb Lawrow in einem Text für die chinesische Zeitung „Global Times“, der unter anderem in russischer Sprache auf der offiziellen Webseite des Außenministeriums Russlands publik gemacht wurde.

Ferner betonte er, dass die WHO, wie jegliche vielseitige Struktur, ihre Tätigkeit modernisieren und sich an die neuen Bedingungen anpassen sollte.

„Dafür sollte man die Organisation nicht zerstören, sondern einen konstruktiven Dialog aller Mitgliedsstaaten zur Erarbeitung von gemeinsamen professionellen Antworten auf neue Herausforderungen pflegen.“

Trump stellt WHO Ultimatum

Am 19. Mai war berichtet worden, dass US-Präsident Donald Trump die Weltgesundheitsorganisation in einem Brief an WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus aufgefordert hat, innerhalb von 30 Tagen Reformen durchzuführen und ihre Unabhängigkeit von China zu beweisen. Im Gegenfall drohte der amerikanische Staatschef mit einem endgültigen Zahlungsstopp.

Trump setzt Zahlungen an WHO vorerst aus

Am 14. April hatte der US-Präsident einen Stopp der Beitragszahlungen für die Weltgesundheitsorganisation veranlasst. Trump warf der WHO schwere Fehler in ihrer Reaktion auf die Ausbreitung des neuartigen Virus vor und machte die Organisation für die Vielzahl an Corona-Toten mitverantwortlich.

Coronavirus-Pandemie

Das Virus Sars-CoV-2 wurde erstmals Ende Dezember in China entdeckt und breitete sich innerhalb von wenigen Monaten über den Globus aus. Das Epizentrum der neuartigen Krankheit war die Stadt Wuhan in der chinesischen Provinz Hubei. Am 11. März stufte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Ausbruch der Infektion als Pandemie ein. Laut aktuellen Angaben der Johns Hopkins University wurden weltweit mehr als 5,6 Millionen Corona-Fälle und über 355.000 Todesopfer registriert.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32611/08/326110894_0:35:2865:1585_1000x0_800_1_3ac8f18ddb275d12f6dd0654624a08dc.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 27. Mai 3:00 Uhr bis 28. Mai 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 1. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks).**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurde infolge des Beschusses von Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks) eine Niedrigdruckgaseitung in der Lugowaja-Straße 13 beschädigt. Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 12.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 32.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Taliban-Attacke in afghanischer Provinz Parwan fordert mindestens sieben Todesopfer**

Mindestens sieben Militärs sind bei einer Attacke der radikalen Taliban-Bewegung in der afghanischen Provinz Parwan ums Leben gekommen. Dies berichtet der TV-Sender „Tolo News“ unter Berufung auf den Sprecher des Provinzgouverneurs, Wahida Shahkar. Bei dem Taliban-Angriff auf einen Sicherheitskontrollpunkt, der sich am Mittwochabend im Norden der Provinz Parwan ereignete, wurden demnach sieben afghanische Militärs getötet. Eine weitere Person sei verletzt worden. Zugleich teilte eine Quelle in den Sicherheitsdiensten mit, dass bei der Attacke mindestens zehn Soldaten ums Leben gekommen seien. ...

Lug-info.com: Gratulation des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetschnik zum Tag des Grenzschützers

Am 28. Mai begehen die Grenzschützer traditionell ihren Berufsfeiertag.

Die Verteidigung des Vaterlands ist eine Ehrensache für jeden, der die grüne Mütze trägt, für den die Grenze nicht einfach nur eine Linie auf der Karte ist, sondern eine echte Berufung. Seit vielen Jahrzehnten ist der Grenzdienst ein Vorbild für militärische Tapferkeit und Kühnheit. Generation für Generation bewachen die Grenzschutzsoldaten zuverlässig die Grenzen der Heimat. Oft mussten gerade die Soldaten der Grenztruppen als erste wortbrüchigen Schlägen des Feindes widerstehen.

Unter den heutigen nicht einfachen Bedingungen der Kriegszeit tun unsere Grenzschützer mit einem hohen Verantwortungsgefühl Dienst, hüten die Ruhe und Sicherheit der Bürger, verteidigen mit Ehre die Lugansker Volksrepublik gegen äußere Angriffe und Gefahren. Wir sind auf die Arbeit der Soldaten des Grenzdienstes stolz. Ihre militärische Meisterschaft, Treue zum Eid, Standhaftigkeit und Kühnheit rufen aufrichtigen Respekt hervor.

Von ganzem Herzen gratuliere ich allen, deren Dienst unverbrüchlich mit der Gewährleistung der Sicherheit des Staates und dem Schutz seiner Grenzen verbunden ist, zum Berufsfeiertag! Ich wünsche starke Gesundheit, familiäres Wohlergehen und weitere Erfolge in der wichtigen Mission, dem Dienst am Staat!

de.sputniknews.com: Irans Atomprogramm fällt wieder unter US-Sanktionen

Die USA verhängen Sanktionen gegen zwei führende Vertreter des iranischen Atomprogramms, teilte US-Außenminister Mike Pompeo mit.

„Ich verhängte auch Sanktionen gegen zwei leitende Mitarbeiter des iranischen nuklearen Anreicherungsprogramms – Majid Aghai und Amjad Sazgar. Die iranischen Wissenschaftler müssen die Wahl treffen: die friedliche Arbeit außerhalb des Verbreitungsbereichs (von nuklearen Waffen und Materialien – Anm. d. Red.) fortsetzen oder das Risiko eingehen, mit Sanktionen belegt zu werden“, schrieb Pompeo auf seiner Twitterseite.

Die andauernde nukleare Eskalation des Irans zeigt deutlich, dass diese Zusammenarbeit eingestellt werden muss. Weitere Versuche der nuklearen Erpressung würden nur den Druck auf das Regime verstärken“, fügte Pompeo hinzu.

In einer Sondererklärung sagte Pompeo, die Sanktionen gegen Aghai und Sazgar seien „wegen ihrer Teilnahme bzw. versuchten Teilnahme an der Tätigkeit“, verhängt worden, „die die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen vorangetrieben hat“.

Nach Angaben Pompeos ist Sazgar, Geschäftsführender Direktor der Atomenergiebehörde des Irans, für die Industrieproduktion von Gaszentrifugen zur Urananreicherung zuständig. 2019 hatte er die Installierung von Zentrifugen im iranischen Brennstoffanreicherungswerk in Fordo geleitet und kontrolliert.

Lug-info.com: Am 28. Mai um 9:00 Uhr waren in der LVR 393 Fälle von Coronavirusinfektionen bestätigt, teilt das Gesundheitsministerium mit. In den letzten 24 Stunden wurden neun neue Fälle entdeckt, 90 Personen sind nach zwei negativen Tests als gesund entlassen worden.

Insgesamt sind 274 Menschen gesundet, es gibt sechs Todesfälle.

de.sputniknews.com: **Erstmals seit zwölf Jahren: Neuer Parlamentschef im Iran**

Der Iran hat einen neuen Parlamentschef – erstmals seit zwölf Jahren. Das Gremium nahm am Mittwoch seine Tätigkeit unter der Leitung des ehemaligen Polizeichefs und Bürgermeisters von Teheran, Mohammad Bagher Ghalibaf, auf. Darüber berichtet der Sender IRIB.

Ghalibaf war am vergangenen Donnerstag zum Parlamentspräsidenten gewählt worden und hatte damit Ali Laridschani, der diesen Posten seit 2008 bekleidete, abgelöst. Laridschani hatte bereits Ende 2019 angekündigt, dass er das Rennen um das Amt für 2020 aufgibt. Vor kurzem erklärte er seine Absicht, an einer Hochschule unterrichten zu wollen.

Ghalibaf wurde am 23. August 1961 geboren. 1979 wurde er nach dem Sieg der Islamischen Revolution und dem Beginn des iranisch-irakischen Krieges mit 19 Jahren zum Brigadekommandeur ernannt, ein Jahr später wurde er Divisionschef. Nach Kriegsende arbeitete er als Befehlshaber der Luftstreitkräfte der Revolutionsgarde. Von 2000 bis 2005 leitete er die Ordnungskräfte des Iran. Diese Organisation entstand 1992 durch die Zusammenlegung der Polizei, der Gendarmerie und des islamischen Revolutionskomitees.

Ghalibaf kandidierte mehrmals für die Präsidentschaft: 2005 siegte Mahmud Ahmadinedschad, Ghalibaf löste ihn auf dem Posten des Bürgermeisters von Teheran ab, den er bis 2017 bekleidete. 2013 siegte bei den Präsidentenwahlen Hassan Rohani; 2017 zog Ghalibaf seine Kandidatur bei der Wahl zugunsten von Ebrahim Raisi zurück, der sich trotzdem nicht gegen Rohani durchsetzen konnte.

Nun darf Ghalibaf als der neue starke Mann angesehen werden, denn im Iran hat der Parlamentspräsident traditionell viel Einfluss.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32723/15/327231558_0:172:3151:1876_1000x0_80_0_1_4f577297a20e0c367c91a19bbf8c958e.jpg

Dnronline.su: In den letzten 24 Stunden wurden in der DVR 34 neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt, teilt das Gesundheitsministerium mit.

Alle positiven Fälle sind Kontaktpersonen zu zuvor Erkrankten, darunter 15 medizinische Beschäftigte. Derzeit ist der Zustand aller Patienten zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige ärztliche Behandlung.

In den letzten 24 Stunden wurden drei Patienten nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.

Außerdem gab es einen Todesfall - ein Mann im Alter von 66 Jahren starb.

Am 28. Mai 11:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 469 Fälle von Infektionen registriert. 343 Patienten sind derzeit in Behandlung, 111 als gesund entlassen, es gibt 15 Todesfälle.

de.sputniknews.com: **Nord Stream 2: „Akademik Cherskiy“ verlässt deutschen Hafen Mukran und ankert in der Nähe**

Der dem Energiekonzern Gazprom gehörende Rohrverleger „Akademik Cherskiy“ ist am frühen Donnerstagmorgen aus dem deutschen Hafen Mukran, wo sich das logistische

Terminal des Bauprojektes Nord Stream 2 befindet, ausgelaufen. Dies berichten am Donnerstag russische Medien unter Berufung auf entsprechende Monitoring-Ressourcen. Knapp zwei Stunden später warf das Schiff demnach vier Meilen (mehr als 6,4 Kilometer) südöstlich vom Hafen entfernt Anker.

Am 9. Mai war das Verlegeschiff „Akademik Cherskiy“ aus russischen Territorialgewässern im Hafen Mukran eingetroffen. Zuvor hatte es sich nach seiner Fahrt von Nachodka mehrere Tage lang im Hafen von Baltijsk auf Reede befunden. Dort nahm das Schiff Vorräte an Treibstoff, Provision und Wasser und zusätzliche Crewmitglieder an Bord.

Der Rohrverleger, der im Februar seinen langfristigen Standort verlassen hatte, absolvierte eine lange Fahrt, unter anderem um Afrika herum. Es dauerte knapp drei Monate, um Deutschland zu erreichen. Das Endziel wurde ständig modifiziert. ...



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32705/18/327051891_0:206:3099:1883_1000x0_80_0_1_1bb2300058f84bc32ea3076304370335.jpg



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32723/23/327232384_0:0:1485:737_999x496_80_0_0_25d3400e7141e0f5cb2f003254d33d5e.jpg.webp

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Russen um Hilfe bitten: unerlaubt – Lawrow über Verbote im Westen**

Westliche Länder sind entschlossen, die Coronavirus-Pandemie zur Bestrafung unliebsamer Regierungen auszunutzen: Ländern, die von COVID-19 hart getroffen seien, werde verboten, sich um Hilfe an Russland zu wenden, schreibt der russische Außenminister Sergej Lawrow in

einem Beitrag für die chinesische Zeitung „Global Times“.

Es habe sich gezeigt, dass bei weitem nicht alle darauf vorbereitet gewesen seien, die „Pandemie-Prüfung“ zu bestehen, schreibt der russische Außenamtschef: „Selbst unter den heutigen Umständen, da die globale Herausforderung doch eigentlich zusammenschweißen und die Gegensätze wenigstens für kurze Zeit vergessen lassen sollte, dringen erneut räuberische Haltungen durch. Nicht alle können der Versuchung widerstehen, nach dem Grundsatz ‚Jeder ist sich selbst der nächste‘ zu handeln.“

Die Pandemie hat der Welt nach Ansicht des Ministers reichlich Fälle von mangelndem Humanismus vor Augen geführt. Dieses Manko rühre vom „unheilbaren Egoismus einer Reihe von Ländern und ihrer Regierungseliten“ her, so Lawrow. Gemeint seien damit diejenigen, die zwar von moralischer Führung und demokratischen Traditionen reden, in der Tat aber „elementare Anstandsregeln, ethische Leitplanken verwerfen und zu einem Verhalten nach dem Gesetz des Dschungels übergehen“.

Als Beispiel führt der Außenminister die Versuche an, die Schuld für die Verbreitung des Virus auf China abzuwälzen, und auch allerlei Unterstellungen im Zusammenhang mit den Hilfen, die Russland einigen Ländern auf deren offizielle Bitten hat zukommen lassen.

„Es kam zu absurden Anschuldigungen, dass mein Land den humanitären und medizinischen Beistand dazu benutzen wolle, den ‚geopolitischen Einfluss zu stärken‘“, so der russische Außenminister. „Es kam zu erniedrigenden, gegen die Grundnormen der Diplomatie verstößenden Verboten, sich um medizinisch-humanitären Beistand an Russland zu wenden – unabhängig davon, wie elend die Situation war. Es zeigt sich also, dass die berühmt-berüchtigte Solidarität nach euro-atlantischem Muster wichtiger ist als das Leben Tausender normaler Bürger.“

Laut Lawrow versuchen manche Länder, die momentane Situation für „Monopolspiele“ auszunutzen: „für die Durchsetzung engstirnig-selbstsüchtiger Interessen, für Abrechnungen mit geopolitischen Konkurrenten“.

Die Pandemie hat die bestehenden negativen Tendenzen und angehäuften Gegensätze laut dem Minister verschärft. Die unausweichlichen, natürlichen Folgen der Ausbreitung des Coronavirus würden künstlich erschwert durch die „Unfähigkeit der Menschheit, genauer gesagt: eines bestimmten Teils der Menschheit, das Denken nach dem Freund-Feind-Schema selbst unter den Umständen einer kollektiven Not aufzugeben.“

„Wie, wenn nicht mit der Politisierung humanitärer Fragen und nicht mit der Entschlossenheit, die Pandemie zur Bestrafung unliebsamer Regierungen auszunutzen, ist der Unwille einiger westlicher Länder zu erklären, die sich ausgiebig über die Notwendigkeit der Einhaltung der Menschenrechte auslassen, auf die Anwendung einseitiger

Wirtschaftsrestriktionen gegen sich entwickelnde Länder zu verzichten – wenigstens bis zur Normalisierung der globalen epidemiologischen Lage. Denn es sind, auch nach Einschätzung der Vereinten Nationen, diese Sanktionen, die die Möglichkeiten herkömmlicher Bürger zur Verwirklichung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Rechte einengen, die Anstrengungen zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung erheblich erschweren, die sozial schwächsten, ungeschützten Schichten treffen“, betont der russische Außenminister.

Hintergrund: Die Weltgesundheitsorganisation WHO hatte den Ausbruch der neuartigen Coronavirus-Infektion am 11. März dieses Jahres zur Pandemie erklärt. Nach jüngsten Angaben beläuft sich die Zahl aller in der Welt bekannten COVID-19-Fälle auf 5.488.825 Menschen. 349.095 Infizierte sind bereits verstorben.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32723/24/327232492_0:214:3309:2005_1000x0_80_0_1_1fbbb40e63c6ed112d96be9eb3e4115a.jpg

de.sputniknews.com: **Wegen Hackerangriff-Vorwürfen: Auswärtiges Amt bestellt russischen Botschafter ein**

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Miguel Berger, hat am Donnerstag den russischen Botschafter in Berlin zu einem Gespräch in das Auswärtige Amt geladen, geht aus einer auf der Webseite der Behörde veröffentlichten Mitteilung hervor.

Grund für die Einbestellung war die vor einigen Jahren verübte Hacker-Attacke auf den Deutschen Bundestag, die russischen Bürgern zugeschrieben wird. Dem russischen Botschafter sei in diesem Zusammenhang mitgeteilt worden, dass „sich die Bundesregierung in Brüssel für die Nutzung des EU-Cybersanktionsregimes gegen Verantwortliche für den Angriff auf den Deutschen Bundestag einsetzen wird“. Zu den mutmaßlichen Verantwortlichen zählt in erster Reihe der russische Staatsangehörige Dmitri Badin. 2015 waren Hacker in das IT-System des Deutschen Bundestags eingedrungen und hatten mehr als 16 Gigabyte Daten gestohlen – darunter zahlreiche E-Mails von Abgeordneten. Schon damals wurde der russische Geheimdienst GRU dahinter vermutet. Am 6. Mai erließ die Bundesanwaltschaft einen internationalen Haftbefehl gegen den 29-jährigen Badin. Dem Mann werden geheimdienstliche Agententätigkeit und Ausspähen von Daten vorgeworfen – er sei angeblich als Mitglied der Hacker-Gruppe APT28 tätig gewesen, die oft mit GRU in Verbindung gebracht wird.

Diese Anschuldigungen werden auch in der heutigen Mitteilung des Auswärtigen Amts wiederholt. Dem wird hinzugefügt, der Fall werde auch vor dem Hintergrund des Mordes an einem Georgier im Berliner Tiergarten im August 2019 betrachtet:

„Die Bundesregierung bewertet diesen Vorgang auch vor dem Hintergrund der laufenden Ermittlung im sogenannten Tiergarten-Mordfall und behält sich weitere Maßnahmen ausdrücklich vor.“

Russland bestreitet jegliche Einmischung seiner Geheimdienste in die beiden Vorfälle, wozu sich unter anderem Kremlsprecher Dmitri Peskow und Außenminister Sergej Lawrow geäußert hatten. Die russische Botschaft in Berlin bezeichnete die Vorwürfe in der Hacker-Affäre als einen weiteren Versuch, „die EU einzuschüchtern, zu destabilisieren und irrezuführen.“

dan-news.info: In den letzten zwei Monaten sind in der DVR im Rahmen des Zweimonatszeitraums zur Pflege von Städten und Ortschaften mehr als 19.000 Bäume und Sträucher gepflanzt worden sowie mehr als 245.000 Blumen, teilte das Ministerium für Bauwesen und Kommunalwirtschaft mit.

Mehr als 60.000 Quadratmeter Straßen, Bürgersteige, Parks, Plätze und weitere Gebiet wurden von Müll befreit. Auch Strände und Flussufer wurden auf einer Länge von 113 km

gereinigt. 663 wilde Müllkippen wurden beseitigt.

635 Denkmäler und Gräber sowjetischer Soldaten, die in den Kämpfen während des Großen Vaterländischen Krieges gefallen sind, wurden in Ordnung gebracht.

Mehr als 2000 Kinderspielflächen und Sportplätze wurden in Ordnung gebracht, außerdem Haltestellen des öffentlichen Verkehrs.

Die Arbeiten erfolgten vom 23. März bis 17. Mai durch die kommunalen Dienste. Im Unterschied zu den vorherigen Jahren wurden wegen der Maßnahmen gegen die Coronavirusinfektion nicht die traditionellen republikweiten Subbotniks durchgeführt.

de.sputniknews.com: **Pentagon plant weitere Militärhilfe für Ukraine – Medien**

Das Pentagon hat den US-Kongress darüber in Kenntnis gesetzt, dass die Reformumsetzung in der Ukraine es ermögliche, dem Land eine weitere Militärhilfe in Höhe von 125 Millionen US-Dollar zu gewähren. Dies teilte der Fernsehsender CNN unter Berufung auf Quellen im Verteidigungsministerium und ein nicht namentlich genanntes Kongressmitglied mit.

Die Bestätigung dessen, dass die Ukraine bei der Korruptionsbekämpfung, der Erhöhung von Transparenz und der Verschärfung der gesellschaftlichen Kontrolle vorangekommen sei, werde vom Gesetz erfordert, damit die militärische Hilfeleistung für Kiew fortgesetzt werden könne, so CNN. Es gehe um den zweiten Teil des vom Kongress gebilligten Hilfspakets in Höhe von 250 Millionen US-Dollar. Es ist vorgesehen, der Ukraine mobile Funkmesssysteme zur Überwachung von Artillerie- und Raketenfeuer, mehrere Dutzend Rettungswagen, Apparaturen für Geheimmunikationstechnik und zwei Patrouillenboote mit ferngesteuerten automatischen 30-mm-Kanonen zu übergeben.

Der TV-Sender hatte im März mitgeteilt, dass sich das Pentagon im Rahmen der militärischen Hilfeleistung, die vom Kongress gebilligt wurde, darauf vorbereitet, Artillerieabwehr-Radare und Patrouillen-Kampfboote in die Ukraine zu schicken. Für diese Zwecke soll die Hälfte der vom Verteidigungsministerium bereitgestellten 250 Millionen Dollar ausgegeben werden.

Die meisten europäischen Politiker haben sich gegen Waffenlieferungen an die Ukraine ausgesprochen. So erklärte der Ex-Vorsitzende der OSZE und deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, dass Waffenlieferungen an die Ukraine ein riskanter und kontraproduktiver Weg aus der Krise seien.

Russland hat wiederholt vor Plänen zur Waffenlieferung an die Ukraine gewarnt, mit der Begründung, dieser Schritt würde nur zur Eskalation des Donbass-Konfliktes führen. Wie der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, wiederholt sagte, seien Waffenlieferungen an die Ukraine nicht für die Lösung der Donbass-Krise und die Umsetzung der Minsker Abkommen förderlich.

Dnronline.su: **Gratulation des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin aus Anlass des Tags des Grenzschützers**

Ich gratuliere allen Grenzschützern und Veteranen der Grenztruppen zu ihren Berufsfeiertag! Immer gewappnet und in voller Gefechtsbereitschaft erfüllen Sie die sehr wichtige staatliche Aufgabe – Sie schützen die Grenze. Dies können nur wirkliche Professionelle tun, die universelles Wissen und Fähigkeiten haben.

Ihre Standhaftigkeit, Tapferkeit und Kühnheit sind immer unersetzlich, aber besonders heute, wo die Diversionsangriffe und Provokationen des Gegners verstärkt werden, für die Republik notwendig.

Ich bin überzeugt, dass dank Ihres treuen und verantwortungsvollen Dienstes keiner einziger Verletzer der Staatsgrenze der Donezker Volksrepublik der Strafe entkommen und der Grenzraum immer unter Ihrer zuverlässigen Kontrolle sein wird.

Genossen Grenzsoldaten! Danke für Ihre Wachsamkeit beim Schutz unserer Heimat und der Sicherheit ihrer Einwohner. Besondere Worte der Dankbarkeit richte im Jahr des Großen Sieges an die, die ihr Leben der Verteidigung der heimatlichen Grenzen gewidmet haben –

den Veteranen der Grenztruppen.

Ich wünsche starke Gesundheit, Glück, Wohlergehen für Sie und Ihre Familien. Dass alle Wünsche sich erfüllen und alle Pläne umgesetzt werden.

de.sputniknews.com: **US-Kongress beschließt Sanktionen gegen China wegen Umgangs mit Uiguren**

Nach dem Senat hat nun auch der US-Kongress einem Gesetzentwurf zugestimmt, der China wegen des Umgangs mit der muslimischen Minderheit der Uiguren mit stärkeren Sanktionen belegen kann.

Die Zustimmung am Mittwoch erfolgte mit nur einer Gegenstimme. Es wird erwartet, dass US-Präsident Donald Trump den Entwurf ohne Vorbehalte unterzeichnet und das Gesetz in Kraft tritt.

Es sieht gezielte Strafmaßnahmen gegen Personen vor, die für eine Unterdrückung von Uiguren und anderer muslimischer Gruppen verantwortlich seien.

Nach Schätzungen der Vereinten Nationen wurden in den vergangenen Jahren mehr als eine Million Uiguren in der chinesischen Provinz Xinjiang in Lagern festgehalten. China bestreitet jegliche Misshandlung dieser Minderheit und betrachtet die Vorgänge in der entlegenen Provinz als innenpolitische Angelegenheit.

Die Regierung in Peking wies die Vorwürfe zurück, wonach Angehörige der muslimischen Volksgruppe gegen ihren Willen in Lagern festgehalten würden. Es handle sich nicht um Lager, in denen Menschen inhaftiert werden, sondern um Ausbildungszentren in der Art von Internaten, hieß es zuvor von chinesischen Behörden.

Armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 28. Mai 2020**

Unsere Aufklärung hat Informationen über die Durchführung einer **Ermittlung in der 28. Brigade bezüglich der Vernichtung einer Drohne der OSZE-Mission durch ukrainische Kämpfer** erhalten.

So hat nach uns vorliegenden Informationen heute Morgen eine Drohne der OSZE-Mission über Positionen einer Mörserbatterie des 3. Bataillons der 28. Brigade der BFU einen Flug absolviert, um ein Monitoring der Lage im Gebiet von Marjinka durchzuführen.

Gemäß Informationen von unserer Quelle hat der Bataillonskommandeur, dem klar war, dass es den Beobachtern gelungen war, in Verletzung der Minsker Vereinbarungen stationierte Waffen zu erfassen, befohlen, das Feuer auf die Drohne zu eröffnen.

Den ukrainischen Verbrechern ist es gelungen, die Drohne der OSZE-Mission abzuschießen. Über die Vernichtung des ‚den Luftraum verletzenden Geräts‘ wurde dem Stab der OOS berichtet.

de.sputniknews.com: **Aufrufe zum Verzicht auf russische Corona-Hilfe sorgen für Bedauern in Moskau**

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat am Donnerstag in einen Artikel für die chinesische Zeitung „Global Times“ die politische Rhetorik im Pandemie-Kontext ausführlich beschrieben. Unter anderem wird darin betont: Manchen Staaten wird davon abgeraten, russische Hilfe anzunehmen.

Der Beitrag „Über die Pandemie: Schlussfolgerungen und Aufgaben“ beschäftigt sich mit der Problematik des Humanismus während der Pandemie. Beispielsweise sind einige Abendländer laut Lawrow nicht imstande, angesichts der globalen Krise auf die Denkweise „Freund - Feind“ zu verzichten.

„Es ist zu absurden Anschuldigungen gegenüber meinem Land gekommen in dem Wunsch, die humanitäre und medizinische Unterstützung zum Zwecke der 'Verstärkung des geopolitischen Einflusses' auszunutzen. Bis hin zu den den grundlegenden diplomatischen

Normen widersprechenden demütigenden Verboten, sich um medizinisch-humanitäre Unterstützung an Russland zu wenden — unabhängig davon, wie schlimm die Lage ist. Demnach ist die berüchtigte Solidarität des euro-atlantischen Modells wichtiger als das Leben und die Gesundheit von Zehntausenden einfachen Bürgern“, heißt es.

Kreml bedauert westliche Haltung

Der Kremlsprecher Dmitri Peskow sagt in diesem Zusammenhang, Russland reagiere darauf mit Bedauern. Es sei bekannt, dass die Botschafter mancher Länder in einer Reihe von europäischen Hauptstädten energisch empfohlen hätten, dass die Staatsführung in diesen Ländern auf keinerlei Weise mit Russland im Bereich der humanitären Hilfe zusammenwirken sollte. Ihm zufolge hätten diese Botschafter ungeachtet der diplomatischen Verhaltensstandards dazu aufgefordert, die Hilfe, die schon geleistet war, abzulehnen. Dies könne im Allgemeinen und besonders in dieser nicht leichten Lebensperiode, die von uns im Gegenteil Zusammenwirken, gegenseitige Unterstützung und Vertrauen erfordere, Bedauern auslösen, sagte der Kremlsprecher abschließend.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 28.05.2020

Nach Angaben, die von den Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK erfasst wurden, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **in den letzten 24 Stunden einmal das Feuer auf das Territorium der Republik eröffnet.**

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 28. Brigade auf Befehl des Verbrechers Martschenko aus Höfen örtlicher Einwohner, die am Rand von Krasnogorowka leben, wieder das Feuer auf Objekte der zivilen Infrastruktur von Donezk mit 60mm-Mörsern und Antipanzergrenatwerfern eröffnet. Dabei wurde eine Gasleitung in der **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** in der Lugowaja-Straße 13 beschädigt.

Es muss angemerkt werden, dass die Banditen Martschenkos am 25. Mai durch zielgerichtetes Feuer einen Mast einer Hochspannungsleitung der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks vernichteten, dadurch hatten mehr als 1500 friedliche Einwohner keinen Strom.

Diese Sachverhalte zeugen vom zielgerichteten Bestreben der ukrainischen Straftruppen, Einwohnern und ziviler Infrastruktur unserer Republik maximalen Schaden zuzufügen, was nicht ohne Aufmerksamkeit, sowohl der internationalen Organisationen als auch der ukrainischen Gesetzgebung, bleiben wird. Davon zeugt die Behandlung eines Gesetzentwurfs „über die persönliche Verantwortlichkeit von Soldaten für begangene Verbrechen“ durch die Oberste Rada.

Wir erinnern die ukrainischen Kämpfer daran, dass Kriegsverbrechen keine Verjährungsfrist haben und die Zeit der Vergeltung für jeden von ihnen unerbittlich näher kommt.

Die Materialien zu den Fällen von Beschuss wurden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen den Kommandeur der 28. Brigade BFU Martschenko hinzuzufügen.

Nach Angaben unserer Aufklärung ist **in den sich auf den Abzug aus der OOS-Zone im Rahmen der Rotation vorbereitenden 28., 58., 128. und 10. Brigaden der BFU eine nicht dagewesene Zunahme der Kriminalität zu bemerken**, die durch den Wunsch der Kämpfer hervorgerufen wird, eine möglichst große Menge zusätzlicher Geldmittel durch Raub, Verkauf von gestohlenem militärischem Material, Waffen und Munition sowie durch Plünderung von von den Besatzern verlassenen Häusern, die wegen des Fehlens anderer Wertsachen von den Kämpfern buchstäblich für Altmetall, Brennholz und zum Verkauf geeigneter Baumaterialien, auseinandergerissen werden, zu erhalten.

Im Zusammenhang mit den **zunehmenden Fällen von Überdosierung von Drogen und Vergiftung durch technischen Alkohol** unter den Kämpfer der BFU unternimmt das Kommando der OOS Maßnahmen zur Verstärkung der Kontrollen an den KPP der

Truppenteile und die Militärstaatsanwaltschaft führt eine Ermittlung zu einer Massenvergiftung durch Alkohol von Soldaten der 128. Brigade, in deren Folge acht Kämpfer ins Krankenhaus kamen und einer starb.

Die Zunahme von nicht kampfbedingten Verlusten in den Einheiten der BFU wird hinter der Formulierung „Verletzung aufgrund persönlicher Unvorsichtigkeit“ versteckt. Allein am 26. Mai haben betrunkene Streits mit Messerstechereien für zwölf Kämpfer der BFU mit solchen „Verletzungen“ geendet, darunter Oberfeldwebel I.W. Kowalenko aus der 57. Brigade, Unterfeldwebel A.W. Drokin aus der 54. Brigade und der Soldat P.A. Alexandrow aus dem 32. Raketenartillerieregiment.

Außerdem konnten Kämpfer der 28. Brigade sich nicht auf die Verteilung von Besitz, der von Einwohnern von Krasnogorowka gestohlen wurde, einigen, was zum Mord am Unterfeldwebel W.N. Limborskij durch Kameraden führte. Dabei ging wie zu erwarten beim Stab des Verbandes ein Bericht über seinen Tod durch einen Scharfschützen der Volksmiliz ein.

de.sputniknews.com: Assange-Prozess: **Anwälte fordern Freilassung gegen Kautio**n

Die Anwälte des WikiLeaks-Gründers Julian Assange fordern weiterhin seine Freilassung gegen Kautio, da seine Gesundheit angesichts der Coronavirus-Pandemie gefährdet sein soll. „Assange hat eine chronische Lungenerkrankung, die ihn besonders anfällig für die Covid-19-Erkrankung macht“, heißt es in der Mitteilung der Kampagne gegen die Auslieferung des WikiLeaks-Gründers.

Die Zahl der mit Covid-19 Infizierten in Gefängnissen nehme zu, und Assange habe auf Anraten eines Arztes auch per Videolink nicht an den beiden vorangegangenen Gerichtssitzungen teilgenommen, um auf dem Weg zum Videoraum und im Raum selbst kein Infektionsrisiko zu haben, hieß es.

„Edward Fitzgerald (einer von Assanges Anwälten — Anm. d. Red.) sagte am 13. Mai vor Gericht, dass die Verteidigung im letzten Monat nur zweimal mit Assange telefoniert habe. Die Anhörung am Montag wird eine geplante Anhörung zur Verlängerung von Assanges Aufenthalt im Gefängnis bis zur Wiederaufnahme der Anhörung über seine Auslieferung am 7. September sein“, lautet die Mitteilung.

Aktivisten der Kampagne würden weiterhin darauf bestehen, dass Assange, der in Untersuchungshaft sei und keine Haftstrafe verbüße, sofort gegen Kautio freigelassen werden sollte, um das Risiko einer Covid-19-Infektion zu vermeiden.

Zuvor war berichtet worden, dass am 1. Juni über die Details im Fall Assange entschieden wird. Daran soll er voraussichtlich per Video teilnehmen. Der Prozess zu seiner Auslieferung an die USA wird am 7. September wieder aufgenommen.

Assange-Fall

Der WikiLeaks-Gründer veröffentlichte interne Dokumente, u. a. von US-Streitkräften und -Behörden, und enthüllte damit schwere Regierungsvergehen, darunter Kriegsverbrechen und Korruption. Nachdem Schweden 2010 wegen Vorwürfen einer Vergewaltigung und sexueller Nötigung einen internationalen Haftbefehl gegen Assange ausgestellt hatte, bereitete sich Großbritannien auf die mögliche Überstellung vor. Er wurde auf Kautio freigelassen.

Ecuador gewährte ihm 2012 politisches Asyl. Assange lebte sieben Jahre als politischer Flüchtling in Ecuadors Botschaft in London. Im April 2019 entzog ihm der neue ecuadorianische Präsident Moreno sowohl das Asylrecht als auch die Staatsbürgerschaft. Am 11. April 2019 wurde Assange von der britischen Polizei festgenommen und am 1. Mai 2019 zu 50-wöchiger Haft verurteilt.

Die USA haben Großbritannien um Auslieferung von Assange ersucht. Die US-Anklageschrift vom 23. Mai 2019, die siebzehn Punkte umfasst, sieht theoretisch eine maximale Haftstrafe von 175 Jahren vor.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32723/35/327233542_0:0:3278:1772_1000x0_80_0_1_0508485b6d8dbcd90a32705374cc2c0.jpg.webp

ukrinform.de: **Plötzlicher Herztod: Kommandeur der 1. Panzerbrigade in der Ostukraine gestorben**

Im Gebiet der Operation der Vereinigten Kräfte ist der Kommandeur 1. Siwerska-Panzerbrigade, Oberstleutnant Juri Meschakow, an einem Herzstillstand gestorben. Nach Angaben des Kommando „Nord“ wurde der 38-jährige Meschakow im Dezember 2018 zum Brigadekommandeur ernannt. Von 2014 bis 2015 war der Stabschef der 28. Brigade. Der Oberstleutnant starb am Donnerstagmorgen in der Oblast Donezk plötzlich nach einer Pressekonferenz. Er hinterließ die Ehefrau und zwei Kinder (10 und 12 Jahre).

de.sputniknews.com: **Russland schlägt WHO acht Impfstoffe gegen Coronavirus vor**
Nach Angaben der Leiterin der russischen Stelle der Weltgesundheitsorganisation, Melita Vujnović, hat Russland der WHO acht Vakzine gegen die neuartige Coronavirus-Infektion vorgeschlagen.

Wie Vujnović bei einer von der Nachrichtenagentur „Rossiya Segodnya“ organisierten Online-Versammlung der Rates der Russischen Akademie der Wissenschaften bekanntgab, hätten mehrere russische Institute die Impfstoffe entwickelt.

„Der Beitrag Russlands ist sehr groß.“

Insgesamt seien bei der Weltgesundheitsorganisation 124 potenzielle Impfstoffe registriert worden.

„Zehn davon werden der klinischen Beurteilung unterworfen, weitere 114 sind in der präklinischen Phase“, so Vujnović. ...

Mil-Inr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden kein Beschuss** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Das ukrainische Kommando, das durch eine mögliche Aktivierung der Kampfhandlungen im Zusammenhang mit der vollständigen Gefechtsbereitschaft in den Einheiten der Volksmiliz aufgeschreckt ist, hat den unterstellten Einheiten **Anweisungen zur Verstärkung der Minensperren** erteilt. Die noch mehr aufgeschreckten ukrainischen Kämpfer ihrerseits haben **mit einer ungeordneten Verminderung von Örtlichkeiten** begonnen, darunter allgemeine Straßen und die Umgebung von Ortschaften, wo die Verbrecher der ukrainischen Streitkräfte sich hinter örtlichen Einwohnern versteckend ihre Waffen stationiert haben.

Seit Beginn der Woche haben unsere Beobachter die Einrichtung von Minenfeldern der 30. Brigade an den Zugängen von Popasnaja festgestellt, wo **gestern ein örtlicher Einwohner, 64 Jahre alt, auf eine Antipersonenmine geraten** ist. In ernstem Zustand wurde der Mann

von seinen Verwandten ins Krankenhaus gebracht.

Die Installierung von Minensperren im Gebiet von Popasnaja wurde bereits mehrfach von Beobachtern der OSZE-Mission festgestellt.

Der Fall von Verletzung eines friedlichen Einwohners auf von den ukrainischen Strafruppen in Verletzung der Genfer Konvention installierten Antipersonenminen ist bei weitem nicht der erste. So sind nach Angaben der UN-Mission für Menschenrechte **in den ersten fünf**

Monaten 2020 18 Zivilisten auf ukrainische Minen geraten.

Das Kommando der OOS unterlässt die Versuche nicht, die Volksmiliz der Nichteinhaltung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen. Zu diesem Zweck wurden auf Befehl des Kommandeurs der OOS Krawtschenko **Filmteams von ukrainischen Fernsehsender und Informationsagenturen, darunter „1+1“, „5. Kanal“, „ICTV“ und „Inter“,** in die Verbände der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ geschickt. Unter Leitung von Vertretern des 72. Zentrums für informationspsychologische Operationen werden die Propagandisten **inszenierte Bilder von Beschießungen aufnehmen, die dann gegenüber der Öffentlichkeit als Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der Volksmiliz ausgegeben werden.**

Zur Organisation der Aufnahmen hat der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ Romigajlow dem Kommandeur der 24. Brigade Guds die Anweisungen erteilt, auf einem Übungsplatz unter Nutzung der vorhandenen Kräfte und Mittel Fake-Positionen einzurichten. Im Zusammenhang mit dem Fehlen von Material zur Ausrüstung der Positionen beschloss Guds, sozusagen die „Hilfe“ der örtlichen Bevölkerung zu nutzen und befahl Wirtschaftsgebäude eines landwirtschaftlichen Betriebs in Mironowskij auseinanderzureißen. Der Landwirt, der durch die Gesetzlosigkeit der „Verteidiger“ schockiert war, schoss mit einer Jagdwaffe auf den Kommandeur einer Abteilung, den Unterfeldwebel Korolenko, der mit Untergebenen zum Plündern gekommen war.

In der Folge des Vorfalls wurde der Soldat mit einer Verletzung in das Hospital von Sewerodonezk gebracht, und im Truppenteil ist eine Kommission des militärischen Rechtsordnungsdienstes eingetroffen, um eine Ermittlung durchzuführen.

de.sputniknews.com: **China droht USA mit Gegenmaßnahmen wegen Einmischung in Hongkong**

China wird drastische Gegenmaßnahmen ergreifen, falls die USA mit der Einmischung in Hongkongs Angelegenheiten nicht aufhören, heißt es in einer Mitteilung des Büros von Chinas Außenamt in Hongkong als Reaktion auf Erklärungen des US-Außenministers Mike Pompeo.

Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums in Hongkong bestritt demnach die Erklärung des US-Außenministers Pompeo sowie seine Aussagen, dass das Sicherheitsgesetz die Autonomie und Freiheit in Hongkong untergraben würde. Der Aufruf chinesischer Offizieller an die USA lautet dabei: Akzeptanz des Völkerrechts, Einstellung der Einmischung in die Angelegenheiten von Hongkong und China.

„Falls die Vereinigten Staaten weiterhin auf ihrer Meinung bestehen sollöten, dann werden sie durch das 1,4 Milliarden zählende chinesische Volk abgewiesen und drastische Gegenmaßnahmen bekommen“, hieß es.

In dem Bericht wurde zudem betont, die Aussage der USA, dass sie Hongkong jahrzehntelang als „Freiheitsbollwerk“ betrachtet und durch das Hongkong-Modell das soziale System in China zu verändern versucht hätten, könne auf die Tatsache hinweisen, dass Washington Hongkong als Hochburg zur Durchführung separatistischer und subversiver Tätigkeiten im Inland nutze.

„Dies ist eine Bestätigung dafür, dass es keine Zeit zu verlieren gilt, um das Sicherheitsgesetz zu verabschieden. Hongkong ist ein Teil von China, deswegen gehören alle Fragen Hongkongs zu Chinas inneren Angelegenheiten.“

USA planen Sanktionen gegen China

Früher war im US-Kongress betont worden, die Vereinigten Staaten seien bereit, mit der Administration die gegen China gerichteten Maßnahmen wegen Verstoßes gegen die Autonomie von Hongkong zu diskutieren. Der US-Außenminister Mike Pompeo präzisierte jedoch nicht, was die Präsidentenadministration diesbezüglich unternehmen könnte. Zuvor hatten die US-Behörden angekündigt, sie würden Sanktionen gegen die Volksrepublik für Handlungen in Bezug auf Hongkong erwägen.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32041/12/320411240_0:388:3066:2047_1000x0_80_0_1_12f9e6fd09af0ec8a0ead5f638157c79.jpg.webp

abends:

ukrinform.de: **Ukraine will für Militär- und Industriepolitik zuständiges Ministerium schaffen**

Der Sekretär des Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine (RNBO), Olexij Danilow, hat eine Beratung zu aktuellen Problemen der Entwicklung des militärisch-industriellen Komplexes des Landes durchgeführt.

Wie die Pressestelle des Rates mitteilte, stellte Danilow den Teilnehmern der Beratung eine gemeinsame Position des Sicherheitsrates und des Büros des Staatspräsidenten über den Prozess einer Reform der Rüstungsindustrie und die Erarbeitung von langfristigen und mittelfristigen Dokumenten bezüglich der Verteidigungsplanung „Wege zur Optimierung der Verwaltungsfunktionen im Rahmen der Ausarbeitung und Umsetzung der Militär- und Industriepolitik“ vor.

Dies solle die größte Reform in den letzten zehn Jahren werden, betonte der Sekretär des Rates. Dabei solle vor allem ein Problem der unzureichenden Koordinierung von Objekten der Militär- und Industriepolitik gelöst werden, betonte er. Es gehe darum, dass eine Koordinierungsbehörde in diesem Bereich fehle.

Nach Worten von Danilow würden in der ersten Etappe der Reform ein für die Militär- und Industriepolitik zuständiges Ministerium und das Amt des Vizepremiers und Minister für die Entwicklung strategischer Technologien und Innovationen geschaffen. Der Minister werde auch für die Reformen des militärisch-industriellen Komplexes und die Entwicklung der Weltraumbranche zuständig sein.



https://static.ukrinform.com/photos/2020_03/thumb_files/630_360_1584109611-905.jpg

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 28. Mai 2020**

Unsere Aufklärung hat Informationen über den **Tod des Kommandeurs der 1. Panzerbrigade der BFU Meshakow** in der OOS-Zone erhalten.

So trat der Tod des ukrainischen Kriegsverbrechers heute Nacht in seinem Büro im Stab des Verbandes in Satschnoje südwestlich von Wolnowache im Schlaf ein.

Die Leiche des Verstorbenen wurde in die Leichenhalle von Mariupol gebracht, um eine Obduktion vorzunehmen, in deren Ergebnis festgestellt wurde, dass der Tod infolge einer doppelseitigen Lungenentzündung aufgrund einer Coronavirusinfektion Covid-19 eintrat. Nach Mitteilung des Leiters des medizinischen Dienstes der Brigade hatte sich der Brigadekommandeur nicht in ärztliche Behandlung begeben und durchlebte die Krankheit ohne Bettruhe.

Es ist wichtig anzumerken, dass der verstorbene Meshakow in der letzten Wochen alle Einheiten seiner Brigade besuchte und persönlich jeden Zug seines Verbandes inspizierte, sich mit der Mehrzahl des Personals persönlich unterhielt.

Inzwischen wurde in allen Einheiten der Brigade strengste Quarantäne ausgerufen. Dem Personal ist es kategorisch verboten, das Quartier zu verlassen.

Außerdem haben Express-tests eine **Infektion von mehr als 70% des Personals der Brigadeleitung** ergeben. Die Testung der Kämpfer in den Einheiten ist noch nicht abgeschlossen.